ROSA LUXEMBURG STIFTUNG
NEW YORK OFFICE

DIE HALBZEITWAHLEN 2018 IN DEN USA

Ein Schritt nach links?

Von Moritz Wichmann

ROSA
LUXEMBURG
STIFTUNG
NEW YORK OFFICE

Inhaltsverzeichnis

Die Halbzeitwahlen 2018 in den USA

Ein Schritt nach links?.....1

Von Moritz Wichmann

Die Demokraten in einem zunehmend polarisierten Land.....4

Die Amerikaner sind ziemlich links.....7

Repräsentation und die Diversität der Demokraten.....10

Progressive Demokratische Kandidaten.....11

Die CPC-Amtsinhaber.....14

Die Newcomer-Progressiven.....15

Progressive im Trump-Land.....16

Eine Partei bewegt sich nach links.....17

Was der Linksschwenk der Partei bedeutet.....19

Veröffentlicht von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Büro New York, Oktober 2018.

Herausgeber: Andreas Günther
Adresse: 275 Madison Avenue, Suite 2114, New York, NY 10016
E-Mail: info.nyc@rosalux.org; **Telefon:** +1 (917) 409-1040

Gefördert mit Mitteln des Auswärtigen Amts.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung ist eine international tätige, progressive Non-Profit-Organisation für politische Bildung. In Zusammenarbeit mit vielen Organisationen rund um den Globus arbeitet sie für demokratische und soziale Partizipation, die Ermächtigung benachteiligter Gruppen, Alternativen zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und für friedliche Konfliktlösungen. Das New Yorker Büro erfüllt zwei Hauptaufgaben: sich mit Themen der Vereinten Nationen zu befassen und mit nordamerikanischen Linken in Hochschulen, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und der Politik zusammenzuarbeiten.

www.rosalux-nyc.org

Die Halbzeitwahlen 2018 in den USA

Ein Schritt nach links?

Von Moritz Wichmann

Gibt es einen „Bürgerkrieg“[1] bei Amerikas Demokraten, wie manche Medien geschrieben haben? Rennt die Partei kopflos in die Richtung der sozialistischen Linken?[2] Davor jedenfalls warnte Ex-FBI Direktor James Comey im Juli. Wie in vielen kühnen Narrativen der Medien und Prominenter liegt in beiden Thesen ein Stück Wahrheit, wenn auch nur ein Stück. Diesen Sommer blickte die politische Welt plötzlich wie gebannt auf eine Vorwahl im New Yorker Stadtteil Bronx, wo sich Alexandria Ocasio-Cortez, wortgewaltiges Mitglied der Democratic Socialists of America (DSA) bei den Vorwahlen im 14. Wahlbezirk gegen den langjährigen Abgeordneten der Demokraten, Joe Crowley, durchsetzte. Dieser hatte zehnmal so viel Geld für seine Wiederwahlkampagne gesammelt wie seine Herausforderin, die ihn trotzdem schlug.

Seit Bernie Sanders Niederlage bei den Vorwahlen der Demokraten zur Präsidentschaftswahl 2016 gibt es von Zeit zu Zeit Auseinandersetzungen zwischen der „Bernie-hätte-gewonnen“-Fraktion und den Clinton-Demokraten, also zwischen der Parteilinken und dem Establishment. Die letzte große Herausforderung für das Establishment der Partei fand im Februar statt. Der progressive Flügel der Partei hatte versucht, bei den Wahlen zu diesem wichtigen Parteigremium den Vorsitz über das National Democratic Committee zu übernehmen. Das hatte 2016 die Sanders-Kampagne sabotiert, so der Vorwurf. Der Kandidat des linken Flügels, Keith Ellison, verlor die Kampfabstimmung – die erste seit 1985 – gegen den vom zentrischen Teil der Partei unterstützen Tom Perez mit 200 zu 235 Stimmen. Um den Konflikt in der Partei zu entspannen machte Perez daraufhin Elisson zu seinem Stellvertreter. Dieser wiederum versprach Perez im Gegenzug seiner Unterstützung.

Die Spannungen kochten im März dieses Jahres im Zuge der Vorwahlen zu den „midterms“, den Halbzeitwahlen, ein weiteres Mal hoch. Das Democratic Congressional Campaign Comittee veröffentlichte schädigende Informationen über die progressive Kandidatin Laura Moser im 7. Kongresswahlbezirk in Texas.[3] An anderer Stelle entzogen die Demokraten in Kalifornien dagegen der langjährigen Senatorin des Staates, Dianne Feinstein, offiziell ihre Unterstützung. Der progressive Herausforderer Feinsteins, der Senator Kevin de Leon, forderte eine dynamischere Gangart der Partei.

Wenige Monate später gab es überraschende Siege progressiver Kandidaten bei den Vorwahlen nicht nur in liberalen Bastionen wie New York City. Auch im konservativen „Heartland“ verzeichneten Demokraten Gewinne, so etwa James Thompson im 4. Kongresswahlbezirk in Kansas. In Nebraskas 2. Wahlbezirk setzte sich Kara Eastman ebenfalls gegen einen Kandidaten des Establishment durch. Doch Beobachter und Politikwissenschaftlerzeigen auf, dass sich für jeden Wahlsieg eines progressiven Kandidaten in einem anderen Wahlbezirk ein zentristischer Kandidat gegen einen linken Herausforderer durchsetzen konnte.

1 www.theguardian.com/commentisfree/2017/jun/25/civil-war-raging-inside-democratic-party
2 twitter.com/Comey/status/1021132108381683712
3 www.theguardian.com/commentisfree/2018/feb/26/democratic-party-laura-moser-texas

Aufgrund dieser und ähnlicher Beobachtungen soll der Schwerpunkt dieser Analyse nicht darauf liegen, Anhaltspunkte für und Momente des „Bürgerkriegs" bei den Demokraten zu sammeln. Vielmehr sollen folgende Fragen behandelt werden: Wie haben sich progressive Kandidaten bei den Vorwahlen geschlagen und wie wird der linke Flügel im 116. Kongress der Vereinigten Staaten nach den Wahlen am 6. November vermutlich vertreten sein? Rücken die Demokraten nach links und wenn ja, wie weit?

Meine Studie beschäftigt sich lediglich mit dem Abgeordnetenhaus, weil landesweit in allen Abgeordnetenhauswahlbezirken gewählt wird während Wahlen für die andere Kammer des U.S.-Kongresses nur in 35 Staaten stattfinden. Bei den Senatswahlen haben die Demokraten 2018, aber auch generell, Nachteile. Das beginnt bereits mit der Tatsache, dass sie dieses Jahr 26 Sitze verteidigen müssen, die Republikaner dagegen nur 9. Auch strukturell sind die Demokraten im Senat aufgrund der Überrepräsentation von ländlichen, eher konservativen Bundesstaaten aus dem Mittleren Westen im Nachteil. Wyoming zum Beispiel hat nur 579000 Einwohner aber zwei Senatoren, genauso wie der 39,5-Millionen-Einwohner-Staat Kalifornien. Anders ausgedrückt haben die 21 kleinsten Staaten „zwar insgesamt nur so viele Einwohner wie Kalifornien aber 42 Senatoren während der große Staat an Amerikas Westküste nur zwei Vertreter im Senat hat."[4]

Das Phänomen des größeren Einflusses ländlicher Wähler und der Entwicklung der Kontrolle über den Senat, aber auch die Gouverneurswahlen sind spannende Themen. So lieferte sich etwa in Florida der progressive Demokrat Andrew Gillum ein Kopf-an-Kopf-Rennen mit seinem Wiedersacher Ron de Santis. Ähnlich aufregend sind die Wahlen für lokale Regierungsposten im ganzen Land, wo sich ebenfalls progressive Kandidaten bei Vorwahlen und Wahlen Ämter oder Nominierungen vom Schulaufsichtsrat bis zum Amt des Lieutenant Governor für sich entscheiden konnten. Auch wenn diese Wahlen nicht Gegenstand dieser Untersuchung sind, so sind sie doch Anzeichen dafür, dass in dieser Wahlperiode fortschrittliche Kandidaten im ganzen Land den Linksschwenk der Demokraten lokal verankern und verbreitern.[5]

Das Narrativ des Linksrucks bei den Demokraten wird gerne von Republikanern aufgegriffen, die die Demokraten als unwählbare Sozialisten darstellen wollen. Andererseits warnen auch Establishment-Demokraten die Partei davor, zu weit nach links zu rücken, weil sie sich als „vernünftige" Alternative zu den zunehmend rechten und extremistischen Trump-Republikanern präsentieren wollen.[6] In der radikalen Linken im Land wiederum gibt es eine sektiererische Tradition des Misstrauens gegenüber Politikern der Demokraten, die sich „verkaufen". Doch alle drei Narrative sind falsch oder übertrieben. Das zeigt die Forschung zur Entwicklung der Partei in den letzten Jahrzehnten und aktuelle Daten.

So gibt es innerhalb der Partei durchaus eine lange Tradition linken Aktivismus. Der Bernie-Flügel und die Progressiven, die nun die Partei „stürmen", sind nur die neueste Welle in einer Partei, die langsam aber kontinuierlich nach links rückt, so der Politikwissenschaftler Sam Rosenfeld. Nach der Präsidentschaftswahl 2016 versprach Bernie Sanders beim Wiederaufbau der Partei helfen zu wollen – und seine Hilfe wurde gebraucht. In den Obama-Jahren hatte die Partei landesweit auf allen Regierungs-

4 archive.nytimes.com/www.nytimes.com/interactive/2013/03/11/us/politics/small-state-advantage.html; andrewgelman.com/2004/10/15/overrepresentat/; www.washingtonpost.com/news/wonk/wp/2013/03/11/if-youre-from-california-you-should-hate-the-senate/?utm_term=.368671f5f870

5 theintercept.com/2018/09/15/jess-king-pennsylvania-lancaster-stands-up/; www.axios.com/democratic-socialist-candidates-who-have-won-in-2018-midterms-6bf604a3-ee98-4ab3-9e63-349aec324c43.html

6 www.nytimes.com/2018/07/23/opinion/democratic-party-progressive-left-midterm-elections.html

ebenen über 1000 politische Posten verloren. Seit letztem Jahr unterstützt Bernie Sanders nun progressive Kandidaten im ganzen Land – direkt und mit seiner Organisation *Our Revolution*, die sich aus seinem Kampagnenapparat heraus entwickelte. Andere neu gegründete progressive Organisationen wie die *Justice Democrats* machen eine ähnliche Arbeit. Doch das ist nichts Neues. Sam Rosenfeld weist daraufhin, dass es auch während der Bush-Jahre bereits zur Bildung neuer progressiver Institutionen im Bereich von Medien, Nichtregierungsorganisationen, Spendensammeln und Politikentwicklung gegeben habe und es auch zu einem „wahrnehmbaren Wechsel hin zu mehr Parteidisziplin und einer ambitionierteren linken nationalen politischen Agenda" kam.

Während die Partei in den 1950er Jahren, also gegen Ende der New-Deal-Jahre, praktisch das gesamte Land als „Sammel-und-Koalitionspartei" regierte, haben Aktivisten die Partei seitdem – trotz Rückschlägen – immer weiter nach links rücken können. Rosenfeld schreibt: „Auch wenn jede Welle des Aktivismus irgendwann gebrochen ist und sich wieder zurückzog, der Einfluss auf die Zusammensetzung, ihre Agenda und ihr Auftreten hat sich kumuliert und war wirkmächtig. Schauen Sie sich die Partei heute an: Bekennende Konservative in ihr sind beinahe ausgestorben."[7]

Auch der Gründer von *Data For Progress*, Sean McElwee, argumentiert, dass die Wahl Obamas „das Ende der Ära zentristischer Kandidaten" bedeutet habe. Die Vorwahlen 2016 hätten dies gezeigt – zum letzten Mal setzte sich damals Clinton durch, aber nur knapp. Heute sei die Partei „vereinigt in der Opposition zu Trump". Die Ansichten in der Partei zu wichtigen Themen wie Abtreibung, Gesundheitspolitik und Klimawandel hätten sich „angeglichen"[8]. Der Poole-Rosenthal-Index über die politische Ideologie von Mitgliedern des U.S.-Abgeordnetenhaus bestätigt das. Er zeigt für die Demokraten in den letzten Jahrzehnten eine zwar langsame, jedoch konstante Bewegung nach links auf, während die Republikaner seit Ende der 1970er Jahre deutlich schneller nach rechts gerückt sind.[9]

Geschichtsprofessor David Greenberg von der Rutgers University geht noch weiter. Wie Rosenfeld verweist er darauf, dass heute nur noch wenige konservative Demokraten in Amt und Würden sind. Das Clinton-Modell der Verbindung zentristischer und liberaler Politikelemente habe „für ein Vierteljahrhundert die Partei beherrscht", doch die Unterstützung für den Ansatz sei unter Wählern und bei der Parteibasis erodiert, als die Demokraten für den Irakkrieg gestimmt hätten und später in der Finanzkrise 2008 Banken und nicht Menschen gerettet hätten. Die offene Rebellion sei dann 2016 ausgebrochen. Die neue Verwerfungslinie liege nun zwischen Liberalen, die als Zentristen dargestellt würden, und den aufsteigenden linken „Rebellen" in der Partei.[10]

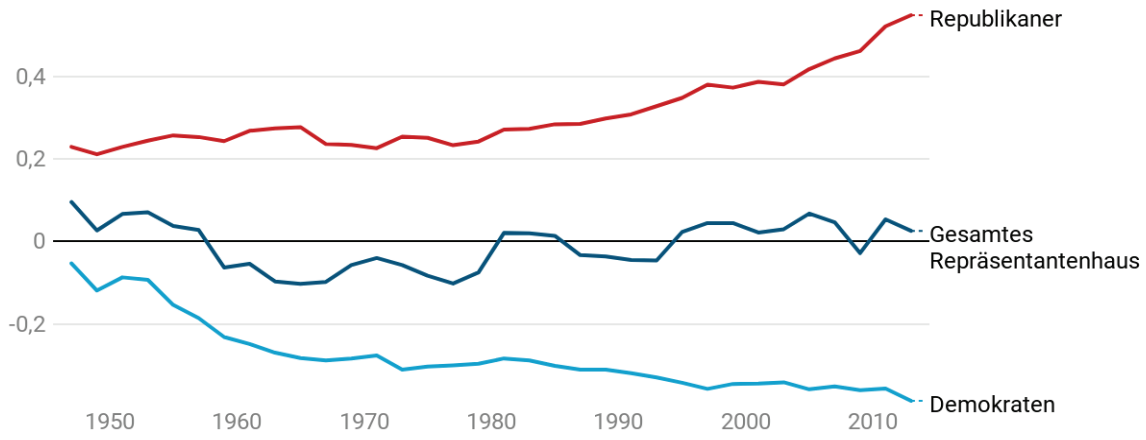
Diese Analyse liefert weitere Belege für Rosenfelds These und teilweise auch für die von Greenberg. Umfrage-Daten zeigen, dass die Parteibasis der Demokraten, aber auch die USA insgesamt, (links)liberaler werden und dass progressive Politikideen und Forderungen – wie etwa ein Mindestlohn von 15 U.S.-Dollar oder „Medicare for all" – relativ beliebt sind und zwar sowohl bei den Anhängern der Partei als auch in der Gesamtbevölkerung. Doch die Demokraten sind nicht nur was ihre Unterstützung für linke Politikideen angeht fortschrittlicher geworden. Die Ergebnisse der diesjährigen Vorwahlen zeigen: Während die Republikaner immer mehr zu einer Partei von und für weiße Männer und ihre

7 www.vox.com/the-big-idea/2018/6/22/17490410/democratic-party-sanders-left-liberal-interparty-fights-sanders-socialism-clintonism
8 theoutline.com/post/2568/the-democratic-party-is-fine?zd=1&zi=2xzxzlb7
9 www.brookings.edu/interactives/average-ideology-of-the-house-and-senate-1947-2014/
10 www.washingtonpost.com/news/made-by-history/wp/2018/08/16/the-lefts-misleading-attacks-on-liberal-Democrats/?utm_term=.d29dc403d60d

Privilegien und Vorurteile wird, hat der diesjährige Rekordaktivismus an der Parteibasis dafür gesorgt, dass die Kandidaten und Nominierten der Demokraten immer mehr der Diversität in der Bevölkerung Amerikas entsprechen und sich damit vollständiger Repräsentation deutlich annähern.

Dennoch gibt es eine leichte Unterrepräsentation von Progressiven im Abgeordnetenhaus – zumindest im Vergleich zur politischen Selbsteinstufung der Parteibasis. Daten zu den Nominierten der Partei zeigen, dass die absolute Anzahl von Parteilinken im Unterhaus vermutlich nach den Halbzeitwahlen steigen wird obgleich ihr relativer Anteil unter allen Demokraten im Abgeordnetenhaus sich vielleicht nicht verändern wird. Doch diese Dichotomie von Progressiven vs. Establishment kann nicht immer aufrechterhalten werden. So zeigt eine Analyse zu „Medicare for all", einem wichtigen Thema der diesjährigen Vorwahlen und Wahlen, dass der Vorschlag zwar immer noch am vehementesten vom linken Parteiflügel vorgetragen wird, jedoch inzwischen auch weit darüber hinaus unterstützt wird – in einer Partei, die insgesamt, wenn auch nur leicht, nach links rückt. Die Unterstützung für die Einführung eines staatlichen Gesundheitssystems wird vermutlich nach den Wahlen weiter wachsen und zeigt, wie sich die Partei immer mehr zu einem „Vehikel sozialer Demokratie" entwickelt.[11]

Durchschnittliche ideologische Position der Parteien zwischen 1947 und 2014. Ein positiver Wert zeigt konservative Ideologie, ein negative eine liberale.



Source: Keith Poole/Howard Rosenthal/voteview.com/brooking.com
Daten herunterladen • Erstellt mit Datawrapper

Die Demokraten in einem zunehmend polarisierten Land

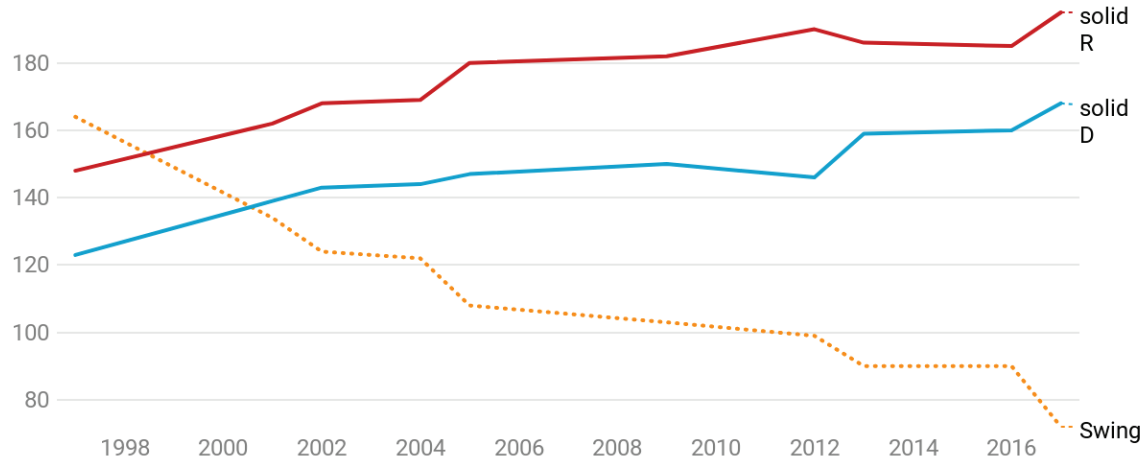
In den letzten Jahren hat sich das Land politisch weiter polarisiert. Eine Art dies zu untersuchen und darzustellen, ist die Parteipräferenz der Wahlbezirke zum Abgeordnetenhaus. Die Analysten vom unabhängigen Cook Political Report berechnen ihren Cook Partisan Voting Index (PVI) mit den Wahlergebnissen der letzten beiden landesweiten Wahlen/Präsidentschaftswahlen und vergleichen die

11 www.vox.com/the-big-idea/2018/6/22/17490410/democratic-party-sanders-left-liberal-interparty-fights-sanders-socialism-clintonism

Ergebnisse in jedem Wahlbezirk mit dem nationalen Durchschnitt.[12] Der Index zeigt ein nach wie vor strukturell konservatives Land. Seit 1997 gab es in allen Wahlen es mehr solide republikanische Bezirke mit einem PVI von R+5 oder größer, in denen die Republikaner mit deutlichem Vorsprung gewonnen hatten, als solide demokratische Bezirke mit einem PVI von D+5 oder mehr.

Der Index zeigt also eine steigende Polarisierung an. Die Zahl der solide republikanischen und solide demokratischen Bezirke hat sich kontinuierlich erhöht auf aktuell 195 bzw. 168. Parallel dazu hat sich die Anzahl der umkämpften „swing districts" seit 1997, dem Jahr in dem der Index zum ersten Mal berechnet wurde, auf aktuell nur 72 Sitze halbiert. Hauptsächlich verantwortlich dafür ist geografische Selbstselektion – also der Zuzug von Demokraten in demokratische Bezirke und der von Republikanern in bereits eher konservative Gegenden. Nur zu einem kleinen Anteil ist sogenanntes „redistricting" – also der Neuzuschnitt von Wahlkreisen – der Grund für diese Polarisierung.

Wahlbezirke zum US-Repräsentantenhaus mit einem Coook Partisan Voter Index (PVI) von weniger al R+5/D+5 und die Anzahl der Bezirke, die solide republikanische (PVI von R+6 oder größer) oder solide demokratisch sind (PVI von D+6 oder größer).



Quelle: Cook Political Report • Daten herunterladen • Erstellt mit Datawrapper

Während in den letzten Jahren die Anzahl derer, die sich mit den Demokraten bzw. den Republikanern identifizieren, nicht merklich geändert hat, scheint es doch so, dass die Vereinigten Staaten politisch insgesamt moderater und liberaler werden. Daten aus regelmäßigen Umfragen der Meinungsforscher von Gallup zeigen, dass die Anzahl derer, die ihre Weltsicht als konservativ beschreiben, seit 1992 mehr oder weniger unverändert geblieben ist. 35 Prozent der Amerikaner stuften sich im Jahr 2017 so ein. Die Zahl der Amerikaner, die sich als „liberal" – das amerikanische Äquivalent für linksliberal/links – bezeichnen, ist hingegen von 17 Prozent im Jahr 1992 auf 26 Prozent im vergangenen Jahr gewachsen. So ist der Vorsprung der Konservativen im Land heute nur noch „einstellig".[13]

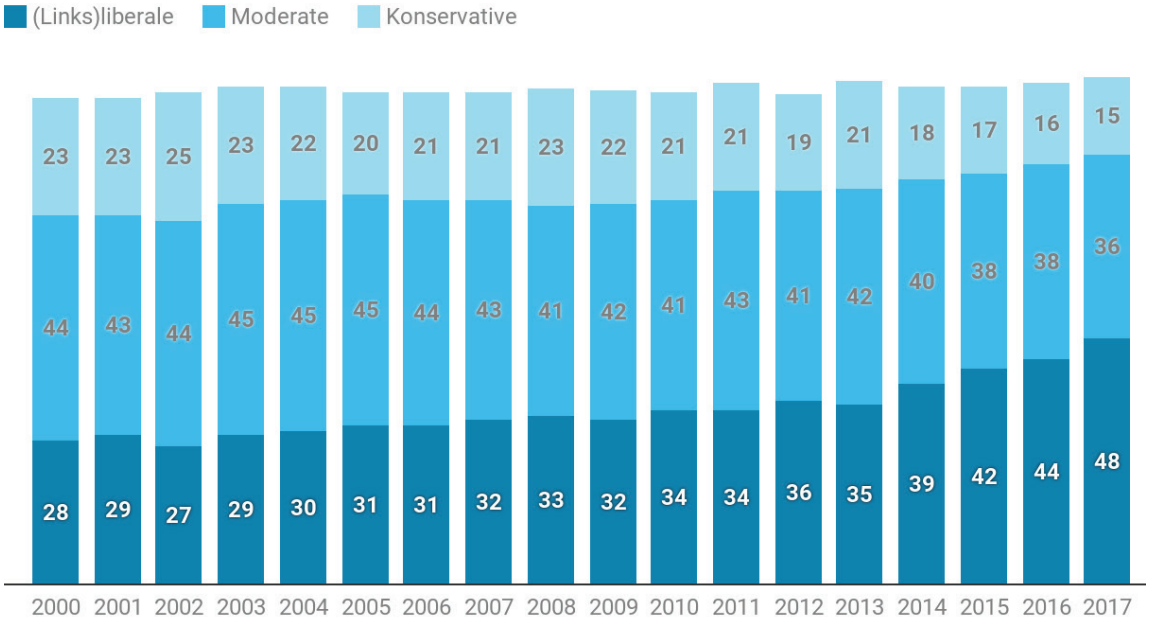
Damit einhergehend ist ein Schwenk nach links unter all jenen, die sich als Demokraten bezeichnen oder der Partei zuneigen. Während sich in dieser Gruppe laut Angaben von Pew Research im Jahr 2000

12 www.cookpolitical.com/introducing-2017-cook-political-report-partisan-voter-index
13 news.gallup.com/poll/225074/conservative-lead-ideology-down-single-digits.aspx

nur 28 Prozent als „liberal" bezeichneten, waren es 2017 bereits 48 Prozent. Im gleichen Zeitraum reduzierte sich der Anteil der moderaten Demokraten von 44 auf 36 Prozent und der von konservativen Parteianhängern von 23 auf 15 Prozent. In beiden Fällen – also sowohl in Hinblick auf die amerikanische Öffentlichkeit insgesamt als auch auf die Anhänger der Demokraten, die sich eher als „liberal" sehen – wird der Wandel von den sogenannten Millennials vorangetrieben. Die Daten zeigen, dass diese insgesamt liberaler eingestellt sind als ältere Generationen.[14] Und der Wandel ist echt: Zwar haben einige moderate Demokraten die Partei verlassen und bezeichnen sich nun als „Unabhängige" ohne direkte Parteibindung, doch die Zahl derer, die sich „nur" als Demokraten bezeichnen, hat sich zwischen 2000 und 2017 nicht wesentlich geändert und ist lediglich um fünf Prozentpunkte gefallen.

Die Anhänger der Demokraten haben sich auch in einer Grundsatzfrage, die Meinungsforscher regelmäßig untersuchen, nach links bewegt. So zeigen Daten zur Sicht auf Kapitalismus und Sozialismus einen klaren Stimmungswechsel unter den Demokraten. Während die Ansichten der Republikaner seit Jahren weitgehend unverändert sind – weniger als 20 Prozent sehen den Sozialismus positiv und mehr als 70 Prozent bewerten den Kapitalismus positiv – ist das bei den Demokraten sowie denen, die ihnen zuneigen, deutlich anders.

Anzahl von Wählern der Demokraten und der Partei zuneigende registrierte Wähler, die sich beschreiben als...



Jährliche Aggregatzahl

Grafik: Moritz Wichmann • Quelle: PEW Research Center • Daten herunterladen • Erstellt mit Datawrapper

Hier hatte offenbar die Kampagne von Bernie Sanders zur Nominierung als Präsidentschaftskandidat der Demokraten eine Wirkung. Der Anteil der Demokraten, die ein positives Bild vom Sozialismus haben, stieg vor zwei Jahren von 53 auf 58 Prozent an und liegt seitdem stetig bei diesem Wert. Weiter

14 www.pewresearch.org/fact-tank/2017/09/07/democratic-voters-are-increasingly-likely-to-call-their-views-liberal/

verschlechtert hat sich dagegen in den letzten beiden Jahren die Zustimmung zum Kapitalismus. 2016 sahen den noch 56 Prozent als positiv an, dieses Jahr waren es dagegen nur noch 47 Prozent. Dies bedeutet zwar, dass die Demokraten den Sozialismus positiver sehen als den Kapitalismus. Dennoch mahnt die progressive Journalistin Sarah Jones vom Magazin New Republic, „dass der Rückgang der Unterstützung des Kapitalismus nicht mit einem weiteren Anstieg der Unterstützung des Sozialismus einhergehe, zeige das demokratische Sozialisten die Wähler über Letzteren besser aufklären müssten."[15]

Die Amerikaner sind ziemlich links

Barack Obama begann seine nationale politische Karriere 2004 mit einem tiefen Griff in die Kiste der „black respectability"-Politik. In einer Rede behauptete er rhetorisch, es gäbe kein weißes und schwarzes Amerika. In den meisten Jahren seiner Präsidentschaft äußerte er sich kaum zu Rassismus-Fragen, in dem Glauben, dass er eventuell von weißen Wählern an der Wahlurne bestraft werden würde, wenn er sich zu kritisch zeigen würde. In der wissenschaftlichen Diskussion über seine Präsidentschaft nimmt der rechte und rechtsradikale Backlash gegen seine Präsidentschaft viel Raum ein. Weniger Beachtung findet dagegen ein weiterer Effekt der Obama-Präsidentschaft: eine zunehmend rassismuskritische Haltung unter weißen Demokraten.

Daten des General Social Survey zeigen, dass 2016 zum ersten Mal seit 1977 eine 54 Prozent-Mehrheit unter weißen Demokraten der Ansicht ist, die Ursache für ethnische Ungleichheit sei Diskriminierung und nicht mangelnder Wille bzw. Antrieb. Während also 1997 noch 63 Prozent aller weißen Demokraten in Letzterem die Ursache für schwarze Armut sahen, so waren es vor zwei Jahren nur noch 28 Prozent. Andere Umfragen, die Data For Progress zusammengetragen hat, bestätigen diesen Sinneswandel und zeigen einen Linksruck in ethnischen Fragen unter weißen Demokraten zwischen 2011 und 2016. Black Lives Matter und andere antirassistische Proteste hatten also durchaus ihre Wirkung. Für Data For Progress-Gründer Sean McElwee bedeutet diese Entwicklung, dass Politiker der Demokraten heutzutage an „einem zunehmend strengen Maßstab von antirassistischer Gerechtigkeit gemessen werden".[16]

Doch der Schwenk nach links zeigt sich nicht nur in so fundamentalen Fragen wie Rassismus-Kritik unter weißen Demokraten. Die amerikanische Öffentlichkeit insgesamt ist ziemlich linksliberal, zumindest was die Zustimmung zu zentralen Projekten des linken Flügels der Demokraten angeht. Daten aus einer Umfrage der American National Election Studies zeigen, dass landesweit eine Mehrheit der Amerikaner die Einbürgerung von Migranten, höhere Ausgaben für die Infrastruktur, die Legalisierung von Marihuana, eine Finanzmarkttransaktionssteuer, das Ende von Minimumhaftstrafen für gewisse Verbrechen, einen Mindestlohn in Höhe von 15 U.S.-Dollar sowei die Einrichtung einer staatlichen Gesundheitsversorgung („Medicare for all") unterstützt. Unter den Demokraten ist die Unterstützung für die genannten Vorschläge noch größer.

Die Forscher von Data For Progress können bei ihrer Mission – einen Linkschwenk der Demokraten zu fördern – auf eine Studie des Politikwissenschaftlers Seth Hill verweisen. Laut dieser haben zen-

15 www.commondreams.org/news/2018/08/13/change-gonna-come-poll-shows-democratic-voters-socialism-more-capitalism
16 www.nytimes.com/2018/05/23/opinion/Democrats-race.html

tristische Wechselwähler, die in der Mitte gewonnen werden, „im Durchschnitt das Wahlergebnis einer Partei um 4,1 Prozent verbessert, während eine Veränderung der Mobilisierung der Wahlbeteiligung das Ergebnis um 8,6 Prozent verbessert“[17]. Sie argumentieren deswegen, dass die Demokraten, anstatt „hasenfüßigen“ Unabhängigen und Wechselwählern nachzulaufen, die Wahlbeteiligung insgesamt erhöhen und Nichtwähler an die Urnen bringen sollten. Die Untersuchungsergebnisse von Data For Progress zeigen nämlich, dass auch diese Wähler die zuvor genannten zentralen progressiven Projekte deutlich unterstützen.[18]

Neuere Daten aus diesem Jahr zeigen zudem, dass auch die Unterstützung für zwei weitere wichtige linke Themen in dieser Wahlperiode noch gestiegen ist. So unterstützen 71 Prozent der Amerikaner einen Mindestlohn von 15 U.S.-Dollar und 70 Prozent der Bevölkerung „Medicare for all“. Unter den Demokraten allein wollen 85 Prozent eine staatliche Gesundheitsversorgung für alle – und selbst unter den Republikanern sprechen sich 52 Prozent dafür aus.[19]

Eine von Data For Progress beauftragte YouGov-Umfrage zeigt, dass auch linke Projekte, die nicht oder kaum von großen Medienorganisationen in Umfragen abgefragt werden, die Unterstützung der Mehrheit der Amerikaner haben. 55 Prozent etwa unterstützen ein staatliches Jobprogramm – ein Vorschlag, der von Bernie Sanders, Alexandria Ocasio-Cortez und anderen Progressiven vertreten wird.[20]

Unterstützung für Schlüsselprojekte progressiver Politik und der Parteilinken bei den Demokraten

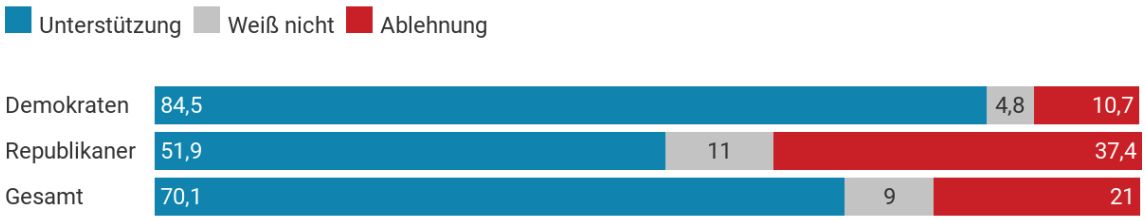
Grafik: Moritz Wichmann • Quelle: Data For Progress/American National Election Studies • Daten herunterladen • Erstellt mit Datawrapper

Zudem hätten 56 Prozent der Wähler gerne die Option, einen neu einzurichtenden öffentlichen Internetprovider wählen zu können – auch das eine Idee, die von einigen progressiven Demokraten vertreten wird.[21] Unterstützung findet das Projekt vor allem in ländlichen Gegenden, in denen es oft wenige Wahlmöglichkeiten bzw. wenige Internetanbieter gibt und in manchen Fällen auch überhaupt kein schnelles Internet. In ihrem Bericht zur Umfrage hebt Data For Progress hervor, dass die

17 Hill (2017): Changing Votes or Changing Voters? How Candidates and Election Context Swing Voters and Mobilize the Base, in: Electoral Studies, June 2017, www.sethjhill.com/SJH_CandidatesAndContext.pdf
18 billmoyers.com/story/progressives-new-silent-majority; www.futureoftheparty.com
19 theintercept.com/2018/04/17/the-restaurant-industry-ran-a-private-poll-on-the-minimum-wage-it-did-not-go-well-for-them/; www.cnbc.com/2018/08/28/most-americans-now-support-medicare-for-all-and-free-college-tuition.html
20 ocasio2018.com/issues; www.nytimes.com/2018/05/22/us/politics/Democrats-guaranteed-jobs.html
21 newrepublic.com/article/148330/public-option-internet;theweek.com/articles/647871/america-needs-public-option-internet

abgefragten Politikprojekte nicht nur von Wählern in Städten bzw. Vororten, sondern gerade auch in den konservativeren ländlichen Gebieten gewollt werden.

Würden Sie das Folgende unterstützen, wenn es um die Gesundheitsversorgung in den USA geht. Ein Politik von Medicare for all? (in Prozent)



Grafik: Moritz Wichmann • Quelle: Reuters/Ipsos • Daten herunterladen • Erstellt mit Datawrapper

Da Medikamentenkosten in den USA besonders hoch sind, würden 51 Prozent der Amerikaner die Produktion von generischen lebensrettenden Medikamenten unterstützen. In einem Land, in dem an einem durchschnittlichen Tag 65 Prozent der Insassen lokaler Gefängnisse nur deswegen einsitzen, weil sie die Kaution von durchschnittlich 10000 U.S.-Dollar nicht bezahlen können, sind 46 Prozent der Wähler der Meinung, die Praxis der Geldkaution sollte abgeschafft werden.[22]

Data For Progress hat auch noch radikalere linke Projekte abgefragt. Demnach gibt es eine Netto-Unterstützung von einem Prozent für unter „people of color" mit Hochschulabschluss, aber auch unter Arbeitern, für eine 90-prozentige Millionärssteuer. Unter weißen Arbeitern und Weißen mit Hochschulabschluss dagegen liegt die Netto-Unterstützung für den Vorschlag, alle Einkommen oberhalb von einer Million U.S.-Dollar mit 90 Prozent zu besteuern, bei minus fünf bzw. minus zwei Prozent. Auch ein bedingungsloses Grundeinkommen ist populärer unter „people of color" mit einer Netto-Unterstützung von 10 beziehungsweise 17 Prozent. Auch unter weißen Arbeitern hat es eine leicht positive Unterstützung von zwei Prozent. Nur unter Weißen mit Hochschulabschluss wird die Idee mit einer Netto-Unterstützung von minus 26 Prozent deutlich abgelehnt. Die linken Forscher weisen darauf hin, dass die scheinbar geringe Netto-Unterstützung für diese sehr weit gehenden linken Projekte immer noch relativ hoch ist – und zudem höher als die Unterstützung für die kürzlich verabschiedete Steuersenkung der Republikaner sowie für deren vorerst gescheiterten Versuch Obamacare abzuschaffen. Für letzteres liegt die Netto-Unterstützung bei minus 24 Prozent.[23]

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die USA als strukturell konservatives und zunehmend politisch polarisiertes Land progressiver wird – und zwar sowohl in Grundsatzfragen als auch bei konkreten Politikprojekten. Mehr Amerikaner und Demokraten sehen sich heute als (links)liberal, die Unterstützung für den Kapitalismus unter Demokraten erodiert, weiße Anhänger der Partei sind auch in Rassismus-Fragen immer kritischer geworden. Und die Amerikaner sind in ihrer Unterstützung von konkreten progressiven Policy-Projekten wie „Medicare for all" deutlich nach links gerückt. Nun braucht es Politiker, die diese Ideen umsetzen.

22 www.theguardian.com/commentisfree/2018/aug/30/abolish-bail-bonds-cash-bail
23 www.dataforprogress.org/polling-the-left-agenda

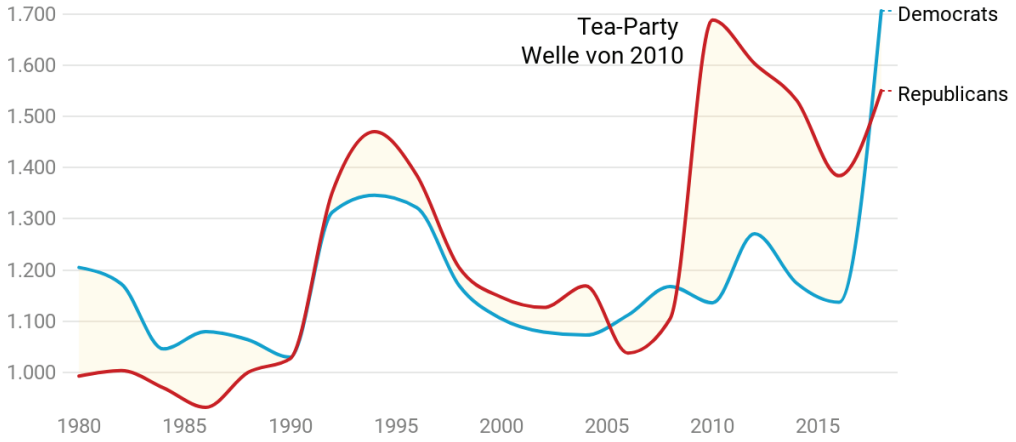
Repräsentation und die Diversität der Demokraten

Diese Politiker sind dieses Jahr bei den Vorwahlen der Demokraten aufgetaucht. Nachdem die Wahl von U.S.-Präsident Trump einen intensiven Backlash unter Demokraten provoziert hatte, wurden in den Vorwahlen der Demokraten mehrere Rekorde politischer Partizipation gebrochen. Daten, die vom Campaign Finance Institute zusammengetragen wurden, zeigen, dass schon im Juni 2017 – also über ein Jahr vor den Wahlen – eine Rekordzahl von 209 Demokraten insgesamt 5000 U.S.-Dollar oder mehr an Spenden gesammelt hatten. In den Wahlperioden seit 2004 lag diese Zahl um den Wert von 50 U.S.-Dollar.[24] Die 209 Kandidaten hatten nun ein Jahr, um sich bekannt zu machen und Wahlkampf zu führen.

Daten der Federal Election Commission, die vom Medienportal Axios ausgewertet wurden, zeigen, dass im September 2018 die Zahl der Demokraten, die sich bei der Kommission registrierten oder Spendenberichte einreichte, auf eine Rekordzahl von 1706 gestiegen war – so viele wie noch nie seit 1990 und auch mehr als der bisherige Rekord der Republikaner im Jahr 2010. Damals waren 1406 Kandidaten bei den Vorwahlen der Republikaner angetreten.[25] In der Tea-Party-Welle nahmen die Republikaner bei den Kongresswahlen den Demokraten 63 Sitze im Abgeordnetenhaus ab.[26] Die Forscher des Brookings Institute haben ähnliche Zahlen für 1900 Kandidaten ermittelt, wobei sie auch die Kandidaten für den Senat berücksichtigten.[27]

Teil dieser Rekordpartizipation ist auch auf ein Phänomen zurückzuführen, das Beobachter die „pinke Welle" nennen. 475 Frauen – die Mehrheit von ihnen Demokraten (356) – traten in den Vorwahlen für Sitze im Abgeordnetenhaus an. Das „Jahr der Frauen", wie es nach Bekanntwerden der Zahlen von amerikanischen Medien genannt wurde, überbot den bisherigen Rekord von weiblichen Kandidaten von 2016. Damals traten 167 Frauen an, um Sitze im Abgeordnetenhaus zu erobern, 120 davon bei den Demokraten.

Anzahl der Demokraten für das US-Repräsentantenhaus, die Geld gesammelt haben oder einen Bericht an die Federal Election Commission geschickt haben.



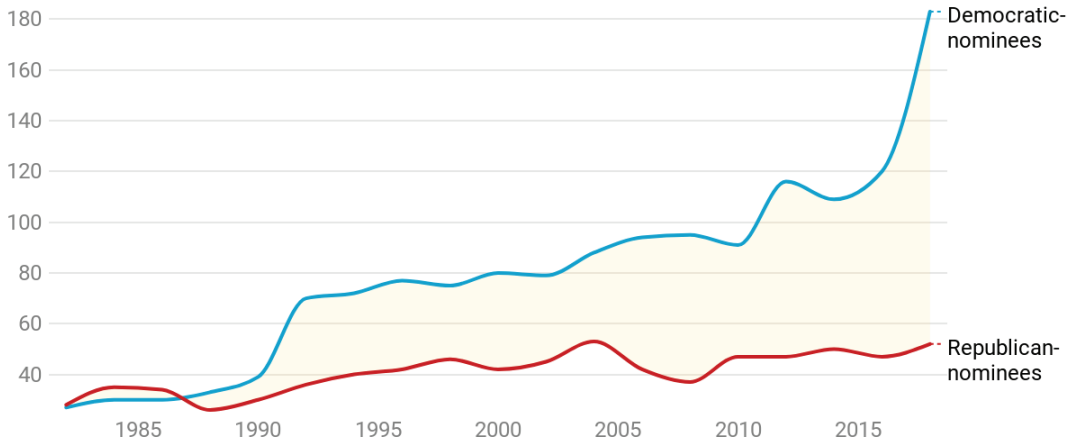
Grafik: Moritz Wichmann • Quelle: Axios/Federal Election Commission • Daten herunterladen • Erstellt mit Datawrapper

24 fivethirtyeight.com/features/the-sheer-number-of-Democrats-running-for-congress-is-a-good-sign-for-the-party
25 www.axios.com/democrats-2018-candidates-record-79a97e06-21e8-4ef6-9126-5df9e9f3a25d.html
26 www.nytimes.com/interactive/2018/04/06/us/surge-in-democratic-candidates-for-the-house.html
27 www.brookings.edu/blog/fixgov/2018/08/09/progressives-versus-the-establishment-an-updated-score/

Dieses Jahr lag der Gewinneranteil bei Frauen in der Demokatischen Partei bei den Vorwahlen höher als bei den zahlenmäßig noch stärker vertretenen männlichen Kandidaten. Während die Frauen in den Vorwahlen nur etwa 33 Prozent aller Kandidaten stellten, machen sie nun fast 43 Prozent aller Nominierten aus. Insgesamt stehen am 6. November landesweit 183 weibliche Kandidaten zur Wahl. Diese Entwicklung steht im Gegensatz zu der der Partei der Republikaner, die in diesem Wahlzyklus noch männlicher dominiert ist – nur 13 Prozent ihrer Nominierten für das Abgeordnetenhaus sind weiblich. Demokratische Frauen auf der anderen Seite nähern sich ihrem Anteil in der Bevölkerung und somit vollständiger Repräsentation an.

Basierend auf Werten des Cook Political Report schätzt das Center for American Women and Politics (CAWP) der Rutgers University, dass 73 Frauen die Favoriten in ihren Abgeordnetenhausbezirken sind, während sich 12 weitere Kandidatinnen in Bezirken befinden, die als sehr umkämpft und unentschieden bewertet werden. CAWP-Forscherin Kelly Ditmar weist aber darauf hin, dass Frauen häufiger als Männer Amtsinhaber herausfordern, was wegen des Amtsinhaber-Bonus ihre Chancen, Bezirk und Amt zu gewinnen, reduziert. Trotzdem könnten mehrere Frauen Geschichte machen: Die Demokratin Deb Haaland wird vermutlich die erste weibliche „Native American" im Abgeordnetenhaus sein, während Jahana Hayes und die Progressive Ayana Pressly vermutlich die ersten Frauen sein werden, die ihren Bundesstaat Massachusetts im Abgeordnetenhaus vertreten. Vier Latinas aus Texas sind die Favoritinnen in ihren Kongresswahlbezirken in Texas – sie werden die ersten Latinas sein, die der Lone-Star-Staat jemals ins Abgeordnetenhaus entsandt hat.[28]

Totale Anzahl von weiblichen Kandidaten für das US-Repräsentantenhaus für Demokraten und Republikaner seit 1982.



Grafik: Moritz Wichmann • Quelle: Center for American Women and Politics/Rutgers University • Daten herunterladen • Erstellt mit Datawrapper

Angesichts des vorteilhaften politischen Klimas für die Demokraten dieses Jahr ist es durchaus möglich, dass viele dieser 12 Frauen in umkämpften Bezirken ihr Mandat erringen werden. Wenn alle gewinnen, gleichzeitig die Demokraten aber keinen Sitz hinzugewinnen würden, wären künftig 44 Prozent aller Abgeordneten der Demokraten im Repräsentantenhaus weiblich. Wahrscheinlicher ist jedoch, dass die Demokraten insgesamt zwischen 20 und 30 Mandate dazugewinnen werden. Dann läge der Anteil von

28 cawp.rutgers.edu/congressional-candidates-summary-2018

Frauen unter den Demokraten im Abgeordnetenhaus künftig bei 40 bzw. 38 Prozent. Bei den Abgeordneten der nun zu Ende gehenden Wahlperiode liegt er bei knapp 33 Prozent. Aktuell stellen weiße Männer laut einer Untersuchung der Beraterfirma Mehlman Castagnetti Rosen & Thomas an die 40 Prozent aller Demokraten in der unteren Kammer des Parlaments. Das heißt, es ist gut möglich, dass Frauen im 116. Abgeordnetenhaus die größte Gruppe unter den Demokraten stellen.[29]

Daten der Rutgers University zu den nominierten Frauen der Demokraten zeigen einen Anteil von 63 zu 62 Prozent für weiße Frauen, eine Überrepräsentation schwarzer Frauen von 19 zu 13 Prozent und eine eher starke Unterrepräsentation von Latinas von acht zu 17 Prozent, wenn diese mit der demografischen Zusammensetzung der weiblichen U.S.-Bevölkerung verglichen werden. Die weiblichen Nominierten der Demokraten sind also ziemlich repräsentativ für die Diversität der weiblichen U.S.-Bevölkerung insgesamt.

Die Demokraten könnten auch in anderer Hinsicht diverser werden. Aktivisten hoffen auf eine Regenbogen-Welle. Während Umfragedaten von Gallup zeigen, dass sich etwa fünf Prozent der Bevölkerung als LGBTQ bezeichnen, so tun das derzeit nur fünf Mitglieder des Abgeordnetenhauses – fünf schwule Männer und eine bisexuelle Frau. Das heißt, nur knapp über ein Prozent der Demokraten im Abgeordnetenhaus sind lesbisch, schwul, bisexuell, transgender oder queer. Laut Daten des Victory Fund ist in diesem Jahr bei den Vorwahlen zu Ämtern auf allen Regierungsebenen eine Rekordzahl von 430 LGBTQ-Kandidaten angetreten. 244 dieser Kandidaten gewannen ihre Vorwahlen. 19 LGBTQ-Kandidaten sind Nominierte der Demokraten zum U.S.-Repräsentantenhaus und stehen am 6. November zur Wahl – die meisten von ihnen sind LGBTQ-Frauen.[30] Wenn alle LGBTQ-Nominierten ihre Wahl gewinnen, würde ihr Anteil an der Demokraten-Delegation im Abgeordnetenhaus ihren Anteil in der Bevölkerung mit etwa vier Prozent fast genau spiegeln.

Unter den schwarzen Abgeordneten im Kongress könnten schwarze Frauen ihre Repräsentation verbessern. Aktuell hat der der Black Caucus 47 Mitglieder aus der Demokratischen Partei.[31] 21 davon sind Frauen, 29 sind Männer. Die schwarzen Abgeordneten stellen derzeit 11 Prozent der Abgeordneten im Unterhaus, in der Bevölkerung dagegen ist ihr Anteil etwas höher mit 13 Prozent. Doch zusammengenommen stellen schwarze Frauen nur etwas weniger als vier Prozent im U.S.-Kongress.[32] Eine Liste von schwarzen weiblichen Nominierten zeigt, dass sich ihr Anteil dieses Jahr erhöhen könnte – und viele der schwarzen Frauen, die zur Wahl stehen sind Progressive.[33]

Progressive Demokratische Kandidaten

Doch wie sieht es mit der Repräsentation der Linken in der Partei aus? Elaine Kamarck vom Midterms Project am Brookings Institute – selbst eher eine zentristische Demokratin – spricht dieses Jahr von

29 thehill.com/homenews/house/398519-house-Democrats-may-soon-have-more-women-lawmakers-than-white-men
30 victoryfund.org/rainbowwave2018/;36b1in21z14j14tflf374sjh-wpengine.netdna-ssl.com/wp-content/uploads/sites/2/2017/01/ResearchBrief_RainbowWaveByTheNumbers_091918.pdf;www.nytimes.com/2018/09/20/us/politics/gay-candidates-midterms.html
31 ballotpedia.org/Congressional_Black_Caucus
32 www.vox.com/policy-and-politics/2018/9/5/17823582/ayanna-pressley-massachusetts-black-women-voters-2018-midterm-elections)
33 database.blackwomeninpolitics.com/candidate/custom?q=federal; https://www.nytimes.com/2018/07/19/us/politics/minority-candidates.html

einem „enormen Ausbruch an Energie in der Linken“[34]. Seit 2014 verfolgt sie die Entwicklung der Partei in den Vorwahlen. Vor vier Jahren gab es noch 60 progressive Kandidaten in den Vorwahlen, die nicht bereits als Mitglieder des Abgeordnetenhauses zur Wiederwahl standen. 24 von ihnen setzten sich durch und wurden Nominierte der Partei. 2016 traten bereits 97 Demokraten, die sich selbst als progressiv bezeichneten, an. 31 von ihnen gewannen die Vorwahlen und mussten sich anschließend mit Nominierten der Republikaner bei den Wahlen messen. Der Anteil von Progressiven unter den Demokraten in diesen Jahren wuchs von 17 auf 26 Prozent. Der Rest der Nominierten wurde von moderaten oder konservativen Demokraten bzw. solchen, die nicht als einer Strömung zugehörig klassifiziert werden konnten, gestellt.

In den 31 U.S.-Bundesstaaten, die bis zum 12. Juli dieses Jahres bereit Vorwahlen durchgeführt hatten, gab es bereits 281 progressive Nicht-Amtsinhaber-Kandidaten, die mit moderaten Demokraten um die Nominierung konkurrierten. Ihr Anteil lag bei 41 Prozent aller Kandidaten. Kamarck fasst ihre Erfolgsrate als „gut aber nicht großartig“ und als „respektabel aber nicht überwältigend“ zusammen. In Zahlen ausgedrückt heißt das, dass 101 progressive Newcomer und „Non-Incumbents“, die nicht mit Amtserfahrung wuchern können, die Vorwahlen in ihrem Wahlbezirk gewannen. Im Vergleich dazu konnten 139 Kandidaten, die Kamarck dem Establishment zurechnet, die Nominierung zur Wahl am 6. November erringen. Während die Erfolgsquote der ersten Gruppe bei 27 Prozent lag, befand sich die der zweiten bei 34 Prozent.

Laut der Brookings-Forscherin Kamarck gab es „für jeden Überraschungserfolg der Progressiven [...] Gewinner bei konventionelleren Demokraten.“ Letztere hätten sich im Durchschnitt „etwas besser“ geschlagen. Kamarck denkt nicht, dass die neue nächste Delegation der Demokraten im Abgeordnetenhaus deutlich linker sein wird, weil Moderate und Establishment-Demokraten etwas häufiger in Bezirken antreten, die zu den Demokraten oder nur leicht zu den Republikanern tendieren. Die progressiven Nominierten dagegen treten in leicht größerer Anzahl in Bezirken an, die einen Cook Partisan Score hat, der zeigt, dass sie deutlich republikanischer sind. In diesen Republikaner-Hochburgen sehen sich Progressive einem „uphill battle“ gegenüber, müssen deutlich mehr dazugewinnen und den strukturellen Nachteil der konservativen Tradition im Bezirk überwinden. Kamarck prognostiziert deswegen, dass Progressive am Ende – trotz hohem Enthusiasmus und vielen Kandidaten – eine Minderheit unter den gewählten Demokraten im Abgeordnetenhaus bleiben werden.[35]

Das sind sie bereits heute – aber sie sind eine Minderheit, die vermutlich wachsen wird. Organisiert sind Progressive in der Partei aktuell im Progressive Congressional Caucus (CPC). Der Zusammenschluss ist bereits nominell der größte Zusammenschluss unter den Abgeordnetenhausmitgliedern der Demokraten und wurde 1991 gegründet. Aktuell hat der Caucus 78 Mitglieder, inklusive eines U.S.-Senators – Bernie Sanders.[36] Unter den Mitgliedern im Abgeordnetenhaus sind 40 Prozent aller Abgeordneten Mitglieder im CPC.

Aus unterschiedlichen Gründen treten sieben Mitglieder nicht zur Wiederwahl an. Einige ziehen sich nach einer langen politischen Karriere zurück, so etwa Carol Shea-Porter in New Hampshires 1. Wahl-

34 www.reuters.com/article/us-usa-election-progressives-specialrepo/inside-the-progressive-movement-roiling-the-democratic-party-idUSKCN1L81GI
35 www.brookings.edu/blog/fixgov/2018/07/12/progressives-versus-the-establishment-whats-the-score-and-does-it-matter/; https://www.brookings.edu/blog/fixgov/2018/09/14/whats-happening-to-the-democratic-party/; www.brookings.edu/blog/fixgov/2018/08/09/progressives-versus-the-establishment-an-updated-score/
36 cpc-grijalva.house.gov/caucus-members/

bezirk oder Luis Gutiérrez im 4. Kongresswahlbezirk aus Illinois. Während erster ein echter Wechselwähler-Bezirk ist, der in jüngster Vergangenheit mehrmals die Partei gewechselt hat, ist letzterer solide demokratisch mit einem Cook PVI-Wert von D+33. Keith Ellison aus Minnesotas 5. Bezirk and Jared Polis aus Colorados 2. Wahlbezirk kandidieren für andere politische Ämter. Ellison will Staatsanwalt von Minnesota werden, Polis kandidiert bei der Gouverneurswahl in Colorado. Dasselbe gilt für Rick Nolan aus Minnesotas 8. Bezirk, der sich – wenn auch nicht erfolgreich – für das Amt des Lieutenant Governor in Minnesota bei den Vorwahlen der Demokraten bewarb. Ruben Kihuen aus Nevadas 3. Bezirk entschloss sich nicht zur Wiederwahl anzutreten, nachdem Vorwürfe sexuellen Missverhaltens bekannt wurden. Er war bereits vorher angreifbar, weil sein Bezirk nur einen PVI-Wert von D+3 hat. Ein Mitglied des Caucus verlor seine Vorwahl gegen einen anderen progressiven Kandidaten: Michael Capuano aus Massachusetts 7. Wahlbezirk.

Wegen des Amtsinhaber-Bonus und weil die meisten CPC-Mitglieder in stark demokratisch geprägten Bezirken antreten, ist es wahrscheinlich, dass die 70 „incumbents" des CPC aus dem Abgeordnetenhaus wiedergewählt werden. 34 von ihnen treten in sehr urbanen Bezirken mit einem PVI-Wert von D+20 oder mehr an. An der Spitze dieser Liste steht José Serranos Heimat, der 15. Bezirk von New York in der Bronx rund um das Yankees Stadium. Der Bezirk hat einen PVI-Score von D+44 und ist damit der strukturell demokratischste im ganzen Land. 22 andere Mitglieder des Caucus treten in Bezirken mit einem PVI-Wert zwischen D+10 und D+19 an und nur 9 in Wahlbezirken, wo der Parteineigungswert zwischen D+6 und D+9 liegt – die meisten davon am oberen Ende dieses Teilbereichs der Skala.

Vier CPC-Mitglieder treten in Bezirken an, die umkämpft beziehungsweise Wechselwähler-Bezirke sind – zumindest wenn man mit dem PVI auf fundamentale historische Daten blickt.[37] Diese Bezirke haben eine PVI-Wert von D+5 oder weniger. Im gegenwärtigen politischen Klima, wie es sich im Durchschnitt der generischen Umfragen zum Kongress ausdrückt, in dem die Demokraten derzeit einen Vorsprung von 8 Prozent vor den Republikanern haben, müssen sie aber nicht um ihre Wiederwahl bangen.[38] Matt Cartwright etwa, der „Whip" des Caucus, der in Pennsylvanias 17. Wahlbezirk mit einem PVI von R+3 zur Wiederwahl antritt, hat gute Chancen, erneut ins Abgeordnetenhaus einzuziehen. Das Modell der Datenjournalisten und Politikanalysten von FiveThirtyEight prognostiziert aktuell einen Stimmenanteil von 54 Prozent für ihn.[39]

Die CPC-Amtsinhaber

Doch die Zahl der progressiven Demokraten könnte mit den Midterm-Wahlen noch wachsen. Der CPC selbst hat 41 progressive Nominierte, die nicht Amtsinhaber und (noch) keine Mitglieder des CPC sind, über sein Political Action Committee zur Wahl empfohlen.[40] Andere progressive Organisationen wie Emily's List, Our Revolution oder die Justice Democrats haben ebenfalls einigen Nominierten, die vom CPC unterstützt werden, ihre Unterstützung zugesichert. Zusätzlich haben sie 18 progressive Nominierte empfohlen. Das zeigt eine Analyse eines Datensatzes von FiveThirtyEight über „endorsements" bei den Demokraten.[41]

37 www.cookpolitical.com/introducing-2017-cook-political-report-partisan-voter-index
38 projects.fivethirtyeight.com/congress-generic-ballot-polls
39 projects.fivethirtyeight.com/2018-midterm-election-forecast/house/pennsylvania/8
40 weareprogressives.org/#endorsements
41 fivethirtyeight.com/features/the-establishment-is-beating-the-progressive-wing-in-democratic-primaries-so-far

Insgesamt gibt es 58 Nominierte, die von mindestens einer progressiven Organisation unterstützt werden. 14 von ihnen stehen in solide demokratischen Bezirken mit einem PVI-Wert von D+6 oder mehr zu Wahl. Zwei davon treten in Hochburgen der Demokraten an, deren Abgeordnete schon vorher Mitglieder des CPC waren. Bei der ersten Hochburg handelt es sich um den 4. Bezirk von Illinois in Chicago, wo das vor dem politischen Ruhestand stehende CPC-Mitglied Luis Gutiérrez den Parteilinken Chuy Garcia unterstützt. Die zweite Hochburg ist Minnesotas 5. Wahlbezirk, wo Ilhan Omar die progressive Arbeit von Keith Ellison weiterführen wird. Andere Demokraten-Hochburgen sind etwa der 14. Wahlbezirk in New York, wo Alexandria Ocasio-Cortez den langjährigen Amtsinhaber Joe Crowley bei den Vorwahlen besiegte, oder Michigans 13. Bezirk, wo Rashida Tlaib sich gegen das Parteiestablishment von Detroit durchsetzen konnte, das eigentlich eine andere Kandidatin unterstützte. Zusammen mit Ilhan Omar wird sie – auch weil die Republikaner keinen eigenen Kandidaten im Bezirk nominierten – die erste muslimische Frau im U.S.-Kongress sein. Beide Frauen vertreten ihr linkes Programm offen und direkt.

22 der progressiven Nicht-Amtsinhaber-Kandidaten treten in umkämpften Bezirken an, mit einem PVI-Wert von D+5 oder weniger oder R+5 oder weniger. Während Gil Cisneros in einem Bezirk zur Wahl steht, den Cook als genau unentschieden klassifiziert, treten fünf weitere Progressive in Wahlbezirken an, die eher „Clinton-Republikanisch" sind. Historisch neigen diese den Republikanern zu, bei der Präsidentschaftswahl 2016 stimmten sie aber knapp für Hillary Clinton. Andere, wie Kara Eastman, dagegen kämpfen um sehr symbolische Bezirke. Sie setzte sich bei den Vorwahlen überraschend gegen das Parteiestablishment in Nebraskas 2. Wahlbezirk durch. Dort gewann Trump 2016 mit fast zehn Prozent Vorsprung und die Republikaner im Bezirk suggerieren eine quasi-sozialistische Kandidatin werde nicht von einer Mehrheit der Wähler im Bezirk unterstützt werden.

Die Newcomer-Progressiven

In Wisconsins 1. Wahlbezirk versucht der Metallarbeiter Randy Bryce den Sitz von Republikaner-Sprecher Paul Ryan, der nicht erneut antritt, zu übernehmen. In Floridas 26. Wahlbezirk in Süd-Miami versucht die ecuadorianisch-amerikanische Immigrantin Debbie Mucarsel-Powell den Republikaner Carlos Curbelo abzulösen, der einen stark von Latinos dominierten Wahlbezirk vertritt und sich von Trump distanziert hat. Während die bislang einzige Umfrage für den Bezirk sechs Prozentpunkte Rückstand für Bryce ermittelt hat, zeigt eine vor kurzem durchgeführte Befragung, dass Mucarsel-Powell das Rennen im Floridas 26. Wahlbezirk knapp und innerhalb der Fehlertoleranz mit zwei Prozentpunkten anführt.[42]

23 Wahlbezirke, wo der CPC oder andere Organisationen Nominierte empfehlen, haben einen PVI-Wert von R+6 oder größer. In allen Wahlbezirken (ausgenommen Texas 10. Wahlbezirk) gewann Donald Trump 2016 mit einem zweistelligen Vorsprung gegenüber Hillary Clinton. Diese Bezirke zu gewinnen ist für die Demokraten selbst im aktuell positiven politischen Klima schwierig. Trotzdem präsentieren progressive Kandidaten wie James Thompson, der Kansas 4. Wahlbezirk blau färben will, hier einen „ländlichen Linkspopulismus" und versuchen damit, die dieses Jahr besonders engagierte Basis zu mobilisieren, Unabhängige von sich zu überzeugen und vielleicht sogar den einen oder ande-

42 www.nytimes.com/interactive/2018/upshot/elections-poll-wi01-1.html; www.rollcall.com/news/politics/mucarsel-powell-narrowly-leads-curbelo-dccc-poll-floridas-26th-district

ren Trump-Wähler umzustimmen. Thompson etwa betont, er habe in der Armee gedient und präsentiert sich in seinem Wahlkampfvideo als stolzer Familienvater.

Progressive im Trump-Land

Insgesamt stehen Demokraten vom linken Parteiflügel – sei es als Amtsinhaber oder als Newcomer, die ihre Vorwahlen gewannen – landesweit in 128 Bezirken zur Wahl. Das entspricht einem Anteil von 30 Prozent aller Sitze im Repräsentantenhaus, jedoch sind 23 dieser Sitze vermutlich nicht für die Demokraten zu gewinnen. Dabei ist irrelevant, ob es sich bei den Kandidaten um progressive oder moderate Demokraten handelt (jedenfalls wenn man nur ihre strukturelle Parteineigung beachtet), weil diese Bezirke ohnehin einen PVI-Wert von R+6 oder haben. Der 9. Wahlbezirk in Georgia rund um Gainesville etwa hat einen PVI-Wert von R+31. In den Wahlen 2016 gewann Donald Trump hier mit einem Vorsprung von 58 Prozent. Trotzdem tritt der progressive Demokrat Josh McNall in Gainesville an und fordert „Medicare for all", striktere „background checks" für Waffenbesitzer und eine Einbürgerung der als „Dreamer" bekannt geworden Kinder illegalisierter Einwanderer.

Einschränkend muss gesagt werden, dass die gewählte Definition von Progressiven Kandidaten vielleicht etwas zu streng ist und einige progressive Kandidaten übersieht. Richard Ojeda etwa, der in Michael Moores neuem Film „Fahrenheit 11/9" auftritt, ist entschiedener Gewerkschaftsunterstützer und Vorkämpfer für die Arbeiterklasse. Er unterstützt außerdem die Legalisierung von Marihuana. Obgleich er sich nicht dezidiert für „Medicare for all" ausgesprochen hat, so ist er zumindest für ein Nebeneinanderher von privatem Versicherungsmarkt und einer staatliche organisierten Gesundheitsversorgung, der sogenannten „public option". Er hat Chancen, West Virginias armen und weißen 3. Kongresswahlbezirk zu gewinnen – ein Bezirk, in dem Trump vor zwei Jahren mit fast 50 Prozent Vorsprung gewann.[43]

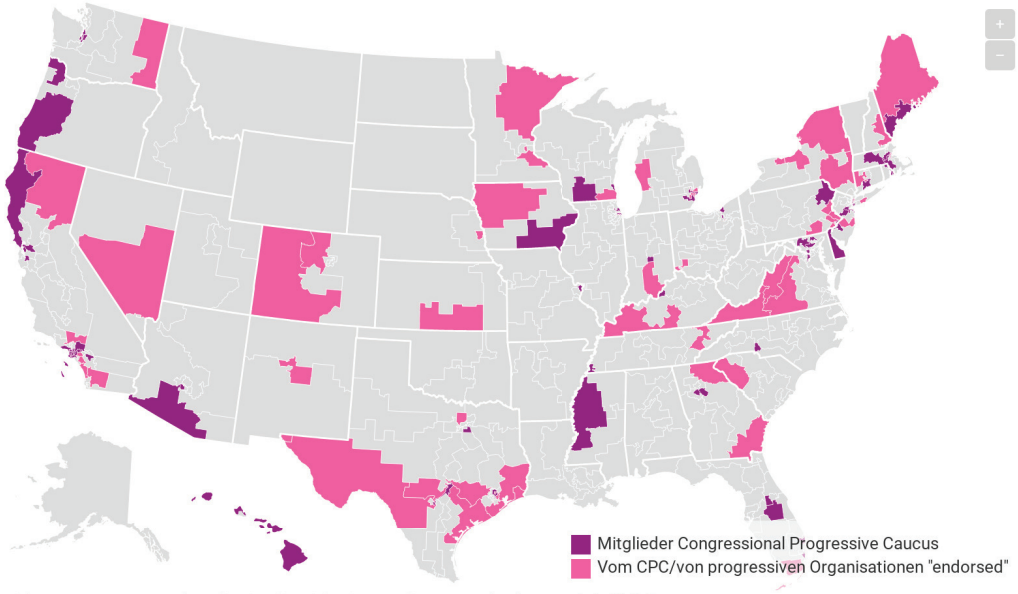
Wenn man nur die Amtsinhaber, die zur Wiederwahl stehen, und Newcomer in soliden demokratischen Bezirken zählt, so werden im neuen Repräsentantenhaus insgesamt mindestens 84 progressive Demokraten sitzen. Dieser leicht Anstieg in der Zahl progressiver Demokraten könnte aber durchaus noch größer sein, wenn die Progressiven in den 23 Bezirken, in denen eine der fortschrittlichen Organisationen einen Nominierten unterstützt, ihre Mandate gewinnen. Und vielleicht gibt es ein paar Überraschungserfolge in den ländlichen, eher republikanisch geprägten Wahlbezirken. So könnten dann in Zukunft mehr als 100 Vertreter des linken Flügels im Unterhaus sitzen. Wenn das der Fall wäre, wären fast ein Viertel aller Abgeordneten eher links.

Weil aber schon jetzt 41 Prozent aller Demokraten im Repräsentantenhaus Progressive sind, ist es unklar, ob sich ihr Anteil erhöhen wird. Elaine Kamarck drückt es so aus: „Eine steigende Flut hebt alle Boote an". Verschiedene Prognosemodelle und Ratings von Organisationen wie Cook Political Report, FiveThirtyEight, oder auch vom progressiven Portal Daily Kos prognostizieren einen Zugewinn für die Demokraten zwischen 20 und 40 Sitzen. Weil Establishment-Demokraten unter den Nominierten bereits überrepräsentiert sind und progressive Demokraten im Durchschnitt in „republikanischeren"

43 www.nytimes.com/2018/07/17/us/politics/richard-ojeda-west-virginia-congress.html

Bezirken antreten, braucht es vermutlich nicht nur eine „blaue Welle“ – ein Zugewinn von 35 bis 48 Sitzen – sondern einen „blauen Tsunami“, um den relativen Anteil der Progressiven weiter zu erhöhen.

Zu den über 70 Mitgliedern des Congressional Progressive Caucus (CPC), die zur Wiederwahl stehen könnten maximal 35 neue fortschrittliche Kongressabgeordnete hinzukommen, die vom PCC oder anderen progressiven Gruppen unterstützt werden - 23 weitere progressive Kandidaten haben kaum Chancen.



Map: Moritz Wichmann • Source: PCC/Ballotpedia/FiveThirtyEight/eigene Kodierung • Get the data • Created with Datawrapper

Eine Partei bewegt sich nach links

Doch die Unterscheidung „Progressive vs. Establishment ist teilweise eine falsche Dichotomie“, wie FiveThirtyEight bei der Untersuchung der Endorsements bei den Demokraten festgestellt hat. Einige Kandidaten, die vom Parteiestablishment unterstützt wurden und sich gegen linkere Herausforderer durchsetzen, unterstützen ebenfalls progressive Politikvorschläge, auch wenn sie sich nicht selbst als progressiv bezeichnen.

Der Grund dafür ist ein allgemeinerer Trend. Schlüsseldenker und wichtige Figuren der Partei rücken nach links. In einer Rede sagte Barack Obama vor kurzem, die Demokraten müssten über „gute alte Ideen, wie einen höheren Mindestloh hinausgehen“ und „gute neue Ideen wie ‚Medicare for all‘, eine Mitbestimmung für Arbeiter in den Aufsichtsräten großer Unternehmen und eine Rücknahme von Steuersenkungen, um damit sicherzustellen, dass Universitätsabsolventen ihren Abschluss machen können, annehmen“. Und er selbst handelt danach. Im September stellte er sich in einer Rede offiziell hinter „Medicare for all“. Jake Sullivan, der Chefberater der Clinton-Kampagne für Politikentwicklung, sagt nun: „Die Demokraten sollten nicht rot werden oder sich groß darum kümmern, wenn politische Kommentatoren ihre Augenbrauen hochziehen, weil die Partei nach links rückt. Das Zentrum der Schwerkraft selbst bewegt sich und das ist etwas Gutes. Wir Demokraten müssen eine mutigere Policy Agenda annehmen.“[44]

44 https://unherd.com/2018/10/americas-Democrats-corbynised/

Ein Indiz für die wachsende Unterstützung für „mutige" progressive Politikprojekte ist Gesetzesentwurf H.R.676. Dieser wurde im Januar 2017 von dem Demokraten John Conyers eingebracht. Die Zahl der Unterstützer des Gesetzestextes ist von 51 auf 123 Abgeordnete der Demokraten gewachsen.[45] Aktuell unterstützen 15 Senatoren ein ähnliches Projekt, das von Bernie Sanders im Senat eingebracht wurde.

Diese Liste wird vermutlich nach den diesjährigen Midterm-Wahlen länger sein und nicht nur erklärte Progressive unterstützen das Projekt. Nach Brookings-Daten aus dem Juli 2018 propagierten bei den Vorwahlen in den 31 Staaten, die damals schon Vorwahlen durchgeführt hatten, 384 Kandidaten der Demokraten „Medicare for all" – das waren 44 Prozent aller Vorwahlkandidaten der Demokraten. Und die Unterstützung für das Projekt war nicht nur auf Progressive beschränkt. Zwar gehörten die meisten Kandidaten (252, die die Idee vertraten, dem linken Parteiflügel an, aber auch 119 moderatere Kandidaten unterstützten die Idee – insgesamt waren es 44 Prozent aller Kandidaten. Einige dieser progressiven und moderaten „Medicare for all"-Unterstützer haben ihre Vorwahlen verloren, aber die relative Unterstützung für eine staatliche Gesundheitsversorgung unter den Nominierten der Demokraten hat dies nicht reduziert.[46]

Daten der Beratungsfirma Kingston Creative und der NGO für Gesundheitspolitik Demand Universal Healthcare, die ich zusammen mit Alex Panagiotopoulos von Kingston Creative aktualisiert habe, zeigen, dass 219 Nominierte für das Repräsentantenhaus „Medicare for all" unterstützen – eine Zahl, die weitaus größer ist als die der Nominierten, die sich selbst als progressiv bezeichnen.[47] Wir haben Nominierte nur als „Medicare for all"-Unterstützer kodiert, wenn das Projekt auf ihre Wahlwebsite erwähnt wird oder die Nominierten dies in den Medien offen erklärt haben.

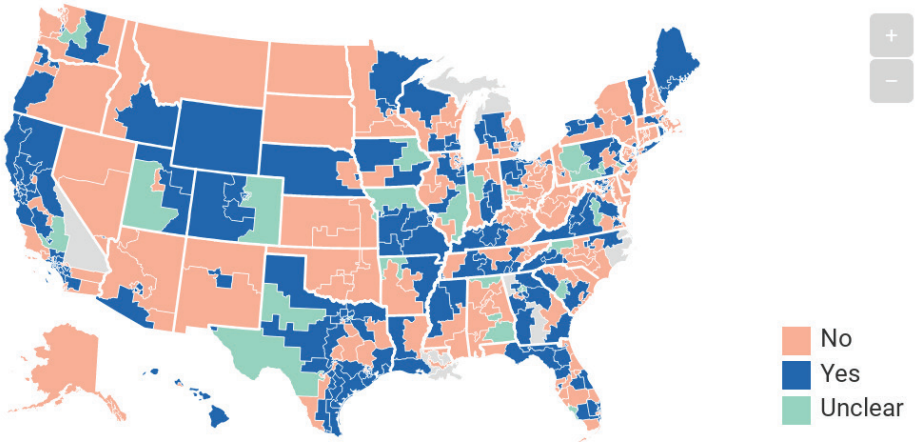
Einige Nominierte haben in ihren Internetauftritten oder in den Medien vage Aussagen zum Thema gemacht, die suggerieren, dass sie ihre Position ändern könnten oder vom Projekt überzeugt werden können. Unsere eher strikte Definition kann ihre mögliche Unterstützung für die Idee nicht abbilden. Sie wurden als „unklar" kodiert. Cindy Axne zum Beispiel zum Beispiel tritt im 3. Bezirk von Iowa an, der ein PVI-Wert von R+1 aufweist, und erklärt, sie sei für eine echte „public option". Die Nominierte Sharice Davids, die im 3. Bezirk in Kansas antritt – dieser weist einen PVI-Wert von R+3 auf – erklärte in einem Interview, sie halte „Medicare for all für ein gutes Ziel, einen guten Slogan" und ließ durchblicken sie sei bereit „darauf hin zu arbeiten."[48] Amtsinhaber Joe Kennedy, der in Massachusetts 4. Wahlbezirk zur Wiederwahl antritt, unterstützt „eine staatliche Gesundheitsversorgung, aber nur in der Theorie", bis jetzt zumindest.[49]

Insgesamt fallen 29 Nominierte in diese „unklare" Kategorie. Die Unterstützung für „Medicare for all" im neu gewählten Repräsentantenhaus könnte also noch größer sein oder werden. Schon in der Vergangenheit haben mehrere aktuelle Unterstützer von Gesetzesvorlage H.R.676 sich nach längerer Zeit zu diesem Schritt entschlossen. Eddie Bernice Johnson, die im sehr demokratisch geprägten 10. Wahlbezirk in Texas antritt, erklärte erst im Juli 2018 sie unterstütze die Vorlage (drei der aktuellen Unterstützer entschieden sich erst dieses Jahr, sich auf die offizielle Liste der Unterstützer setzen zu lassen).
Wenn wir uns an die strikte Definition halten, dann sind knapp über 50 Prozent aller Nominierten Un-

45 www.congress.gov/bill/115th-congress/house-bill/676/cosponsors
46 www.brookings.edu/blog/fixgov/2018/07/12/progressives-versus-the-establishment-whats-the-score-and-does-it-matter
47 Thanks to Alex Panagiotopoulos from Kingston Creative for helping with coding and researching the support for Medicare for all, the initial data is based on: https://kingstoncreative.net/practical-democra
48 www.kansascity.com/news/politics-government/article216296940.html
49 www.wgbh.org/news/2017/09/14/boston-public-radio-podcast/joe-kennedy-supports-single-payer-only-theory

terstützer von „Medicare for all". Dieses Jahr unterstützt also rund die Hälfte aller Nominierten für das U.S.-Abgeordnetenhaus das Projekt. Um es in den Worten von Elain Kamarck zu sagen: „Progressive mögen zwar keinen ‚Bürgerkrieg' innerhalt der Demokraten gewinnen, aber wenn die Demokraten wieder an die Macht kommen, werden sie die Partei sie bei wichtigen Projekten bewegt haben."

Alle 431 Demokraten, die die Partei zur Wahl des Repräsentantenhaus aufgestellt hat, und ihre Unterstützung für Medicare for all.



In vier Bezirken tritt kein Demokratischer Kandidate an, in zwei Wahlbezirken in Louisiana gibt es mehr als einen Kandidaten und einer unterstützt Medicare for all nicht - hier gab es keine Vorwahlen.

Map: Moritz Wichmann • Source: Kingston Creative/Rosa Luxemburg Foundation • Get the data • Created with Datawrapper

Doch es ist unklar, wie groß die Unterstützung einer staatlichen Gesundheitsversorgung nach den Wahlen sein wird und ob sie überhaupt steigen wird. 114 der Unterstützer von „Medicare for all" sind „incumbents", die zur Wiederwahl antreten, 24 stehen in „offenen" Sitzen zur Wahl. Die Hälfte dieser Bezirke, in denen Nominierte nicht gegen bekannte Amtsinhaber antreten müssen, neigt laut seinen PVI-Werten eher den Demokraten zu (12), die andere Hälfte den Republikanern (13). Wenn die Demokraten die meisten dieser Sitze gewinnen, würde das die Zahl der Abgeordneten, die vermutlich auch nach ihrer Wahl das Projekt unterstützen werden, auf eine Zahl zwischen 130 und 139 bringen. Das wäre etwas mehr als die Zahl von aktuell 123 Unterstützern von H.R.676.

Es gibt 79 weitere „Medicare for all"-Unterstützer, deren Erfolg alles andere als sicher ist, weil sie als Herausforderer von Amtsinhabern antreten – zumeist in sehr „tiefroten" konservativen Bezirken (zwei fordern Amtsinhaber in Bezirken heraus, die den Demokraten zuneigen, zwei treten gegen aktuelle Abgeordnete an, die Bezirke mit einem ausgeglichenen PVI-Wert vertreten). Wenn die Halbzeitwahlen 2018 eine „wave election" für die Demokraten werden, dann könnten einige dieser Kandidaten die strukturellen Hindernisse in ihren Bezirken überwinden und gewählt werden.

Was der Linksschwenk der Partei bedeutet

Die Demokraten sind vereint in ihrer Opposition zu Trump, aber gespalten in der Frage, wie er genau besiegt werden kann. Während sich zentristische Demokraten die Partei als vernünftige „common

sense"-Alternative zu einer Republikanischen Partei vorstellen, die zunehmende „extremistische" Positionen vertritt, meinen progressive Demokraten, gegen Trump zu sein sei nicht genug. Das Parteiestablishment hat das teilweise verstanden und hat sich nach links bewegt, ein bisschen zumindest. Das drückt sich nicht nur in der Übernahme des Projekts „Medicare for all" durch moderatere Demokraten in den Vorwahlen aus. Vor weniger als einem Jahrzehnt hatte Obamas Sprecher Robert Gibbs noch die „professionelle Linke" für solch „lächerliche" Vorschläge wie das Eintreten für eine Gesundheitsversorgung nach kanadischem Vorbild verspottet.[50] Mittlerweile hat auch das offizielle Programm der Partei, das laufend weiter erweitert wird, linke Forderungen wie die nach einem 15 U.S.-Dollar Mindestlohn aufgenommen.[51] Schon 2017 war die Party mit ihrem „A better deal"-Programm, wenn auch zögerlich, nach links gerückt.[52] In ihrer diesjährigen Fortsetzung – „A better deal for our democracy" – fordert die Partei eine Reform der Finanzierung von Wahlkämpfen, ein weiteres wichtiges Thema des linken Flügels.[53] Das Parteiprogramm sieht die Gesundheitsversorgung nun als ein Recht an und beinhaltet auch allgemein gehalten eine „Gesundheitsversorgung für alle als Ziel". Zudem enthält das Programm als konkrete Forderung zumindest die Forderung, dass „diejenigen, die über 55 Jahre alt sind Teil von Medicare werden können" und die Schaffung einer öffentlichen Gesundheitsversorgung in Ergänzung und in Konkurrenz zum privaten Markt (etwas, das progressive Demokraten in den Verhandlungen um den Affordable Care Act 2009 nicht durchsetzen konnten).[54]

Trotzdem: Progressive Journalisten kritisieren diese Bewegung nach links als „nur geringfügig" und argumentieren, das Parteiestablishment folge weiterhin einem „1990er Jahre Drehbuch technokratischer Halbmaßnahmen", anstelle klare und einfache progressive Policy-Projekte zu propagieren. Anerkennend registrieren sie die Abschaffung der Stimmrechte der Superdelegierten bei der Kür der Präsidentschaftskandidaten der Partei – eine Forderung des Sanders-Flügels.[55] Ruy Terceira vom Center for American Progress beschreibt die Partei als eine, die sich „von fiskalischer und sozialer Moderation" zu einer Kraft entwickelt die „offen einen aktiven Staat verspricht." Damit ist die Partei weit davon entfernt, kopflos in die Richtung der sozialistischen Linken zu rennen, wie James Comey fürchtet; dennoch gibt es ihn tatsächlich – „den kontinuierlichen langsamen Linksschwenk in der ganzen Partei" – doch dieser entspricht maximal „einer milden Form europäischer Sozialdemokratie".[56]

Fundamentale Daten und Umfragen zeigen jedoch, dass die Partei, auch wenn sie sich seit Jahren nach links bewegt, den Konservatismus ihrer Wähler immer noch unterschätzt und bei linken Schlüsselprojekte wie dem 15 U.S.-Dollar Mindestlohn und „Medicare for all" hinter hoher öffentlicher Zustimmung zu einer progressiven Agenda hinterherhinkt. Neue progressive Abgeordnete im Repräsentantenhaus und weitere Grassroots-Proteste werden diese Themen vorantreiben. Es könnte sein, dass soziale „Brot-und-Butter-Themen" künftig wichtiger werden und dass Identitätspolitik und Repräsentation weniger Raum einnehmen, weil die Partei sich auch demografisch nach links bewegt hat und sich der vollen Abbildung der Diversität Amerikas in ihren Kandidaten und Abgeordneten annähert und damit dabei ist, die undemokratische Unterrepräsentation von Minderheiten zu beenden.

50 www.nytimes.com/2018/07/21/us/politics/democratic-party-midterms.html
51 www.nbcnews.com/politics/2016-election/Democrats-add-15-minimum-wage-platform-n606351
52 www.nytimes.com/2017/07/24/us/politics/Democrats-economic-message-trump-2018-better-deal.html
53 www.vox.com/2018/5/21/17376128/Democrats-better-deal-democracy-midterm-2018
54 Democrats.org/about/party-platform/;newrepublic.com/article/75077/how-they-did-ithttps://newrepublic.com/article/75077/how-they-did-it
55 www.thenation.com/article/democratic-autopsy-one-year-later
56 unherd.com/2018/10/americas-democrats-corbynised

Data For Progress und andere linke Parteistrategen haben dafür argumentiert, sich auf die Mobilisierung der eigenen Basis zu konzentrieren. Die Kampagnen von „rebellischen" Progressiven wie Alexandria Ocasio-Cortez, die populäre Policy-Projekte mit aggressivem „community organizing" sowie Bemühungen zur Mobilisierung der Basis verbindet, haben diese Idee umgesetzt. Die Analyse der Mitglieder des CPC, die zur Wiederwahl stehen, und der politischen Newcomer, die vom CPC und anderen Organisationen der Parteilinken unterstützt werden, zeigt, dass die absolute Zahl progressiver Abgeordnete im Repräsentantenhaus wahrscheinlich steigen wird. Das an sich ist gut. Doch die Daten zeigen auch, dass Moderate vor allem in Wahlbezirken antreten, die leichter für die Demokraten zu gewinnen sind. Progressive Zugewinne wird es deswegen besonders dann geben, wenn es zu einer wirklichen „wave election" kommt. Dann könnte der relative Anteil von Progressiven auf etwas unter oder etwas über 50 Prozent bei den Demokraten wachsen – das ist bedeutsam für die Frage der Kontrolle von Parteikommittees wie dem DNC und auch der Formulierung einer Parteiagenda.

Einige der progressiven Newcomer – vermutlich diejenigen, die vom CPC unterstützt werden – werden sich vielleicht dem CPC anschließen. Der Caucus ist in den letzten Jahren langsam etwas aktiver geworden, nachdem er in der Bush-Ära hauptsächlich gegen den Irakkrieg mobilisierte, später ohne Erfolg versuchte den Affordable Care Act von links zu beeinflussen und seit 2009 einen alternativen Haushalt, das „peoples budget" vorlegt. Er ist häufig wegen Inaktivität kritisiert worden, hat es aber auch beinahe geschafft, das Trans-Pacific-Partnership-Abkommen zu verhindern, das die Obama-Administration dann nach zähen Verhandlungen doch noch verabschieden konnte.[57] Dieses Jahr hat der Caucus eine Strategie-Konferenz mit Gästen europäischer Linksparteien organisiert und hat Anfang Oktober ein neues Policy Center zur Politikentwicklung gegründet, um so mehr „Partei innerhalb der Partei" werden zu können.[58] Die „konfrontativen Progressiven" aus diesem Wahlzyklus kritisieren, dass die meisten Mitglieder des CPC Geld von Großspendern annehmen.

Eine Analyse von The Intercept zeigt: „Nur vier Mitglieder des Caucus haben öffentlich erklärt keine Spenden von Konzernen anzunehmen: die Abgeordnete Pramila Jayapal aus Washington, der Abgeordnete Ro Khanna aus Kalifonien, die Abgeorndete Tulsi Gabbard aus Hawaii sowe David Cicilline aus Rhode Island [...]. Diese Zahl wird aber vermutlich auf über 40 oder mehr wachsen, weil eine Welle von erfolgreichen progressiven ‚Rebellen' – darunter Alexandria Ocasio-Cortez, Jahana Hayes, Rashida Tlaib und Ilhan Omar – in Kürze vermutlich in das Repräsentantenhaus einziehen werden."[59]

Es scheint so, als ob die neuen Progressiven höhere Standards setzen. Ocasio-Cortez, die kritisiert hat, dass der CPC oft nicht als ein Stimmblock agiert, hat im Zusammenhang damit die Idee eines progressiven Unter-Caucus von 10 bis 30 Mitgliedern vorgeschlagen, die, wenn sie geschlossen agieren würden, „echte Macht" haben könnten. Die Logik dahinter ist: In einem Abgeordnetenhaus, in dem die Demokraten nur eine dünne Mehrheit besitzen, könnten die Stimme einiger entschlossener Demokraten Konzessionen erreichen und die Mitglieder des Sub-Caucus so „starke Forderungen" durchsetzen.[60]

Beobachter haben schnell darauf hingewiesen, dass Demokraten – anders als etwa der rechte Freedom Caucus bei den Republikanern – einen aktiven Staat befürworten und deswegen wollen, dass

57 www.thenation.com/article/its-time-for-the-congressional-progressive-caucus-to-raise-its-game/; www.minnpost.com/dc-dispatches/2015/07/how-keith-ellison-made-congressional-progressive-caucus-political-force-matter
58 newrepublic.com/article/147466/party-within-democratic-party; edition.cnn.com/2018/10/09/politics/congress-progressives-center
59 theintercept.com/2018/10/14/congressional-progressive-caucus-corporate-pac-money
60 thehill.com/business-a-lobbying/397244-ocasio-cortez-floating-progressive-sub-caucus

dieser „Dinge geregelt bekomme“ und dass der Wohlfahrtsstaat ausgebaut wird. Deswegen haben die Mitglieder des CPC in der Vergangenheit – etwa in den Verhandlungen um den Affordable Care Act – keine glaubwürdige Drohung aufbauen können, sie würden „alles platzen lassen“, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden. Auch wenn sie dachten, dass „Obamcare“ nicht weit genug ginge, waren ihnen wichtige Teil des Gesetzes wichtig genug, um es nicht scheitern zu lassen, weil es eine Verbesserung des Status Quo darstellte.[61] Trotz dieser Bedenken scheint es schon jetzt klar zu sein, dass die neuen demokratischen Parteilinken im Repräsentantenhaus eine aggressivere Spielart des Progressivismus vertreten.

Genereller könnte man die These vertreten, dass Progressive im Land ihr Potenzial noch nicht ausgereizt haben. Die Partei als Ganzes und ihre Wähler haben sich in den letzten Jahren langsam nach links bewegt und diese Bewegung wird vermutlich weitergehen. Wenn der Trend zur politischen Polarisierung nicht plötzlich Halt macht – und die neugegründeten progressiven Organisationen wie Our Revolution und Justice Democrats werden aus ihren Erfahrungen lernen – dann gibt es ein Potenzial für ein noch progressiveres Repräsentantenhaus.

Laut vorherrschender Meinung in der Politikwissenschaft und unter Praktikern werden Wahlen in der Mitte gewonnen. In einer allgemeinen Wahl müssen Politiker eine ausreichend breite Wählerbasis für sich gewinnen, um die Mehrheit der Stimmen zu erhalten. Die Strategie des Establishment der Demokraten ist deswegen, dass in umkämpften oder eher konservativen Wahlbezirken zentristische Kandidaten antreten sollten, damit in einem Land das vielleicht liberaler wird aber immer noch strukturell konservativ ist, insgesamt genügend Demokraten gewählt werden.

Die 23 ländlichen Progressiven werden testen, ob diese Theorie nicht besonders in einer hoch parteipolitisch polarisierten Nation und politischen Umgebung gilt. Teil dieser politischen Landschaft sind aber auch Teile der Arbeiterklasse, die in Staaten wie Michigan oder Wisconsin 2016 von den Demokraten zu Trump überliefen und so Hillary Clinton den Weg zur Präsidentschaft versperrten. Einige von ihnen hatten vorher für Obama gestimmt. Die bisherige Forschung zum Stimmungswechsel hat Belege für kulturelle Gründe und für Vorurteile als Grund für die Unterstützung und den Wechsel hin zu Trump gefunden, doch einige Indizien deuten auch auf die Wirkung der populistischen Wirtschaftspolitik von Trump und seine Nutzung von linken Versatzstücken hin.

Wenn die „Wahlen-werden-in-der-Mitte-gewonnen“-These richtig ist, wäre die Kehrseite dieser Annahme in Wahlbezirken, die stark den Demokraten zuneigen, dass Kandidaten nach links „ausscheren“ können, ohne dafür an der Wahlurne (sofort) bestraft zu werden – vor allem angesichts der starken Unterstützung, die zentrale linke Projekte in Umfragen haben. Mit Blick auf den aktuellen Cook Partisan Index und die aktuellen Nominierten zeigt sich: Es gibt 64 weitere Wahlbezirke, die einen PVI-Wert von D+10 oder mehr haben, aber keinen progressiven Nominierten in diesem Wahlzyklus. 33 Wahlbezirke haben sogar einen PVI von D+20 oder mehr und keinen Kandidaten, der vom CPC oder anderen progressiven Organisationen, die von FiveThirtyEight untersucht wurden, unterstützt wurde.

Das heißt, theoretisch gibt es noch Potenzial für einen Ausbau des Anteils von Parteilinken unter den Nominierten der Partei im nächsten Wahlzyklus 2020. Viele dieser sehr demokratischen Wahlbezirke liegen in liberalen Küstenstaaten, zuerst und allererst in Kalifornien, aber auch in New York oder New

61 www.washingtonpost.com/blogs/plum-line/wp/2018/07/16/why-progressive-Democrats-cant-create-their-own-freedom-caucus/?utm_term=.c49c3222e3c7

Jersey. Doch auch in Texas und einigen anderen Staaten gibt es dieses offenbar nicht realisierte progressive Potenzial.

Interessant könnte auch eine Untersuchung dazu sein, wie erfolgreich progressive Kandidaten und Nominierte in diesem Jahr auf niedrigeren Regierungsebenen in den Bundestaaten und bei den Wahlen zu lokalen Ämtern waren und ob sie weniger, gleich oder sogar erfolgreicher waren als die, die für Sitze im Repräsentantenhaus antraten. Sollte letzteres der Fall sein, wäre dies ein Anzeichen für weitere „progressive Stärke", die derzeit auf niedrigeren Regierungsebenen aufgebaut wird und das sich vielleicht in zwei Jahren realisiert, wenn Progressive aus einem potenziell größeren Pool an Kandidaten mit politischer Erfahrung wählen können beziehungsweise diese sich an den Vorwahlen fürs Repräsentantenhaus beteiligen.

Wie die Analyse der 219 Nominierten für das Unterhaus gezeigt hat, ist „Medicare for all" dieses Jahr zu einem zentralen und machtvollen Thema bei den Demokraten geworden. Wie sehr die Midterm-Wahlen im November eine „wave election" sein werden, wird darüber entscheiden, wie sehr die Unterstützung für das Projekt im 116. Repräsentantenhaus anwachsen wird. Es scheint aber fast sicher zu sein, dass die Unterstützung für die Idee zumindest ein bisschen wachsen wird. Ein Blick in die Vergangenheit von Gesetzesentwurf H.R.676, der zunächst nur 50 Unterstützer hatte, dieses Jahr jedoch noch neue Abgeordnete für sich gewinnen konnte, lässt vermuten, dass das auch nächstes Jahr passieren könnte. Es erscheint wahrscheinlich, dass zumindest einige der 31 Nominierten, die sich zunächst „unklar" zum Thema geäußert haben, wenn sie denn gewählt werden, ihre Meinung ändern – vor allem, da die Idee nun auch von prominenten Demokraten wie Obama unterstützt wird.

Die Gruppe Physicians for a National Health Program (PNHP) denkt offenbar auch, andere könnten von dem Projekt überzeugt werden. Die Organisation listet aktuell Abgeordnete als „potenzielle demokratische Unterstützer" des Gesetzesentwurfes. PNHP ruft die Öffentlichkeit dazu auf, diese Mitglieder des Repräsentantenhauses per Telefon oder E-Mail zu „ermutigen", H.R.676 zu unterstützen.[62] Doch nach der Wahl könnten diese 11 Abgeordneten und andere langsam zur Minderheit in der Partei werden, vor allem dann, wenn einige der „unklaren" sich doch für „Medicare for all" entscheiden. Vielleicht müssen wir nicht noch einmal 15 Jahre auf eine Reform der Gesundheitsversorgung warten, wie das in der Vergangenheit nach dem gescheiterten Versuch der Demokraten 1994 der Fall war. Neun Jahre sind bereits vergangen, seit der Affordable Care Act verabschiedet wurde. Progressive Demokraten sind überzeugt: Es ist Zeit für den nächsten großen Schritt nach vorne.

62 www.pnhp.org/hr676cosponsors

WELTWEITES NETZWERK DER RLS-AUSLANDSBÜROS

NORDAMERIKA & VEREINTE NATIONEN
New York/USA
Leitung: Andreas Günther
Website: www.rosalux-nyc.org

MEXIKO, ZENTRALAMERIKA UND KUBA
Mexiko-Stadt/Mexiko
Leitung: Sandy El Berr
Website: www.rosalux.org.mx

ANDENLÄNDER
Quito/Ecuador
Leitung: Dr. Karin Gabbert
Website: www.rosalux.org.ec

BRASILIEN UND CONO SUR
São Paulo/Brasilien
Leitung: Gerhard Dilge
Website: www.rosaluxspba.org

PALÄSTINA
Ramallah
Leitung: Ute Beuck
Website: www.rosaluxemburg.ps

ISRAEL
Tel Aviv
Leitung: Tsafrir Cohen
Website: www.rosalux.org.il

LIBANON, SYRIEN, JORDANIEN UND IRAK
Beirut/Libanon
Leitung: Miriam Younes
Website: www.rls-beirut.org

HAUPTSITZ
Berlin/Deutschland
Vorsitzender: Dr. Dagmar Enkelmann
Geschäftsführer: Dr. Florian Weis
Website: www.rosalux.org

EUROPÄISCHE UNION
Brüssel/Belgien
Leitung: Andreas Thomsen
Website: www.rosalux.eu

OSTMITTELEUROPA
Warschau/Polen
Leitung: Dr. Joanna Gwiazdecka
Website: www.rls.pl

SÜDOSTEUROPA
Belgrad/Serbien
Leitung: Krunoslav Stojaković
Website: www.rosalux.rs

RUSSLAND, ZENTRALASIEN & KAUKASUS
Moskau/Russland
Leitung: Kerstin Kaiser
Website: www.rosalux.ru

TSCHECHIEN, UNGARN UND SLOWAKEI
Prag/Tschechische Republik
Leitung: Joanna Gwiazdecka
E-Mail: joanna.gwiazdecka@rosalux.org

GRIECHENLAND
Athen
Leitung: Maria Oshana
Website: rosalux.gr

SÜDASIEN
Neu-Delhi/Indien
Leitung: Stefan Mentschel
Website: www.rosalux.vn

SÜDOSTASIEN
Hanoi/Vietnam
Leitung: Liliane Danso-Dahmen
Website: www.rosalux.vn

OSTASIEN
Peking/China
Leitung: Jan Turowski
E-Mail: Jan.Turowski@rosalux.org

PHILIPPINEN, Manila
Leitung: Katja Voigt (EZV)
Programmbüro Klimagerechtigkeit
E-Mail: katja.voigt@rosalux.org

NORDAFRIKA
Tunis/Tunesien
Leitung: Ivesa Lübben
Website: www.rosaluxna.org

WESTAFRIKA
Dakar/Senegal
Leitung: Dr. Armin Osmanovic
Website: www.rosalux.sn

OSTAFRIKA
Daressalam/Tansania
Leitung: Dorothee Braun
Website: www.rosalux.co.tz

SÜDLICHES AFRIKA
Johannesburg/Südafrika
Leitung: Jörn-Jan Leidecker
Website: www.rosalux.co.za

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG
NEW YORK OFFICE

Follow us @rosaluxnyc